

11 Nein zu Folter in Bayern – Menschenrechte enden nicht an Gefängnismauern!

Antragsteller*in: Nina Dreßler, Daniel Schlemmer-Taberner, Lina Häge, Alexander Schiller, Anton Wawrzinek, Juna Icaza Wilfert, Hans Cahn, Maximilian Meier, Dex Mareyen

Tagesordnungspunkt: TOP 11 Anträge

1 In Augsburg ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen Mitarbeiterinnen der JVA
2 Augsburg-Gablingen wegen des Verdachts auf schwere körperliche Misshandlungen
3 von Gefangenen. Laut Medienberichten erheben sowohl (Ex-)Inhaftierte,
4 Anwältinnen als auch eine ehemalige Gefängnisärztin äußerst schwerwiegende
5 Vorwürfe. Auch gegen die stellvertretende Leiterin der JVA Augsburg-Gablingen
6 läuft offenbar ein Ermittlungsverfahren, da Gefangene möglicherweise auf ihre
7 Anordnung hin misshandelt worden sein könnten. Polizei und Staatsanwaltschaft
8 haben bereits Ermittlungen in der JVA aufgenommen, um diesen schweren Vorwürfen
9 nachzugehen.

10 Die Vorwürfe beinhalten, dass Gefangene in sogenannten besonders gesicherten
11 Hafträumen (bgH) teils nackt, ohne Matratze und ohne Decke eingesperrt worden
12 sein sollen. Eine Anwältin berichtet, dass ihre Mandanten auf dem Betonboden
13 schlafen mussten, ihnen nur eine Scheibe Brot mit etwas Wurst als Mahlzeit
14 gegeben wurde und es teilweise nicht einmal warme Mahlzeiten gab. Einer ihrer
15 Mandanten soll sogar nur ein Glas Wasser pro Tag erhalten haben. Auch das Licht
16 sei rund um die Uhr ausgeschaltet gewesen und es habe keine frische Luft und
17 mangelnden Zugang zu sanitärer Versorgung gegeben. Sollten sich die Vorwürfe
18 erhärten, würden diese Zustände einen klaren Verstoß gegen die Menschenwürde
19 sowie die UN-Antifolterkonvention darstellen.

20 Was diesen Fall besonders erschreckend macht, ist die Tatsache, dass das
21 bayerische Staatsministerium der Justiz (StMJ) offenbar schon seit mindestens
22 einem Jahr über diese gravierenden Vorwürfe informiert war. Bereits im Oktober
23 2023 soll eine damalige Anstaltsärztin der JVA Augsburg-Gablingen in einer
24 detaillierten Mail an das StMJ über „menschenunwürdige Verhältnisse“ in den
25 besonders gesicherten Haftzellen berichtet haben. Auch ein weiterer Arzt aus der
26 gleichen JVA hatte sich zu dieser Zeit mit ähnlichen Informationen an das
27 Ministerium gewandt. Inzwischen häufen sich Vorwürfe aus anderen JVAs in Bayern
28 – zuletzt aus Nürnberg. Auch Justizvollzugsbeamte berichten von solchen Fällen.
29 Uns ist klar, dass nicht alle über 6.000 Justizvollzugsbeamten unter
30 Generalverdacht gestellt werden dürfen. Vielmehr geht es uns um die Aufklärung
31 von strukturellem Versagen.

32 Als Mitglieder der Grünen Jugend Bayern sind wir zutiefst erschüttert von den
33 beschriebenen Zuständen. Wir fordern eine vollständige und transparente
34 Aufklärung der Vorwürfe. Solche Misshandlungen dürfen, sollten sie sich
35 bestätigen, in einem Rechtsstaat nicht toleriert werden! Die bayerische
36 Landesregierung und der zuständige Minister Eisenreich müssen Verantwortung
37 übernehmen, diese Vorwürfe schleunigst aufarbeiten und für humane
38 Haftbedingungen sowie einen vollständigen Verzicht auf Folter und Misshandlung
39 in allen Formen in sämtlichen bayerischen JVAs garantieren! Diese Entwicklungen
40 zeigen, dass es über die bekannten Fälle der Polizeigewalt hinaus im aktuellen
41 System noch weitere massive strukturelle Probleme gibt.

42 Daher fordern wir als Grüne Jugend Bayern: Es braucht dringend eine grundlegende
43 Reform des Justizvollzugs, die auf Menschenwürde, Resozialisierung setzt– unter
44 Beachtung und Schutz der Menschenwürde. Im Hinblick auf die Behörden müssen
45 endlich wirksame Kontroll- und Rechtsmechanismen entwickelt werden. Wir als
46 Grüne Jugend Bayern sprechen uns lautstark gegen jegliche Form von
47 Machtmissbrauch aus! Wir wollen auf diese Probleme öffentlichkeitswirksam
48 aufmerksam machen.

Begründung

Begründung der Dringlichkeit:

Laut Zeitungsberichten kam es am Donnerstag, dem 24. Oktober 2024, zu einer Durchsuchung in der JVA Augsburg-Gablingen. Am 7.11. berichtete während der Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration Staatsminister Georg Eisenreich über den Stand der Aufklärung der Vorwürfe im Zusammenhang mit der Justizvollzugsanstalt Augsburg-Gablingen. In dieser Ausschusssitzung wurden drei Berichtsansträge gestellt, die noch nicht vorliegen (Stand: 13.11.2024). Am 13.11. stellten die Anwälte der beschuldigten stellvertretenden Gefängnischefin eine Strafanzeige (Az.: 123 UJs 732994/24) gegen Unbekannt in Bezug auf das Justizministerium wegen Körperverletzung durch Unterlassen. Am 13.11. fand eine erneute Beratung zu den Vorwürfen in der JVA Gablingen im Plenum des Bayerischen Landtags statt. Inzwischen (Stand: 21.11.) liegen bei Staatsanwaltschaften wie Nürnberg Anzeigen wegen ähnlicher Vorwürfe vor. In allen Fällen gilt die Unschuldsvermutung. Das Ausmaß der Vorwürfe in ganz Bayern wurde erst nach Antragschluss, dem 7.11., bekannt und deutlich. Es ist klar, dass es nicht nur Aufklärung bezüglich der JVA Augsburg-Gablingen, sondern aller JVA's bedarf.

12 Ampel-Aus, Kampagne voraus!

Gremium: Elias Weckwerth (KV Aschaffenburg-Miltenberg), Arian Kunze (KV Ebersberg), Anna Gmeiner (KV Rosenheim), Dex Mareyen (KV Passau), Christian Geiger (KV Regensburg), Mathilda Oechslein (KV Würzburg)

Beschlussdatum: 22.11.2024

Tagesordnungspunkt: TOP 11 Anträge

- 1 Der 6. November startete mit dem Wahlsieg Trumps bei der US-Wahl und endete mit
2 dem Bruch der Ampel-Regierung - ein Tag wie wir ihn wohl nicht so ganz erwartet
3 haben.
- 4 Linder zog erneut mit einer zu großen Egoshow für eine 4-Prozent-Partei in die
5 Haushaltsverhandlungen, beharrte auf der Schuldenbremse und spielte dabei
6 Wirtschaftsförderung gegen soziale Gerechtigkeit und die Unterstützung der
7 Ukraine aus. Wie wir mittlerweile wissen war das Teil eines umfangreichen Planes
8 die Regierung gezielt platzen zu lassen, für den die FDP-Spitze keine bessere
9 Bezeichnung fand als unpassende und verharmlosende Codewörter aus der Befreiung
10 Europas von den Nazis im zweiten Weltkrieg. Doch dieses eine Mal hat der
11 Bundeskanzler endlich gehandelt, indem Scholz vor die Presse trat und den
12 Bundesfinanzminister am Abend entließ. Das anfangs für progressiv gehaltene
13 Aufbruchs-Märchen endete mit einer medialen Schlammschlacht.
- 14 Die Ampelregierung konnte mit der Cannabis-Legalisierung, dem fürübergehenden
15 Sommertraum des 9-Euro-Tickets und einem neuen Selbstbestimmungsgesetz zwar
16 einige sinnvolle und lang ersehnte Projekte anpacken, jedoch war viel davon
17 einfach zu wenig und führte im konkreten Alltag der Menschen kaum zu spürbaren
18 Verbesserungen. Auf wirkliche Entlastungen bei immer höheren Preisen durch
19 Inflation und mehr Krisen weltweit warteten wir vergeblich. Mit mehreren
20 Asylrechtsverschärfungen, den Klimaschutzverwässerungen und der Übernahme
21 rechter Polemik mit dem Beschluss des Sicherheitspakets wurden für uns immer
22 wieder rote Linien überschritten, die nicht mehr als schlechte Kompromisse zu
23 rechtfertigen waren. Die kommende Bundesregierung hat die Aufgabe die sinnvollen
24 Projekte wie beispielsweise die Kindergrundsicherung fortzuführen und bei
25 anderen Projekten aus dieser Legislaturperiode nachzubessern, um wirklich das
26 Leben der Bürger*innen spürbar zu verbessern!
- 27 Und jetzt? Am 23. Februar finden vorgezogene Bundestagswahlen statt, es folgt in
28 den nächsten Wochen ein kurzer, spontaner und kalter Winterwahlkampf. Das heißt
29 für uns: Der Igel geht nicht in den Winterschlaf!
- 30 Gemeinsam mit dem Bundesverband wollen wir in den nächsten Wochen eine Kampagne
31 auf die Beine stellen, die junge Menschen anspricht und vor allem auf
32 Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit setzt. Startschuss dafür ist der Länderrat
33 Mitte Dezember, bei dem unsere Delegierten sich beteiligen werden und eine
34 Kampagne sowie Kampagnenteam für die Bundestagswahl beschließen werden.
- 35 Besonders für kleine Kreisverbände mit geringen finanziellen wie personellen
36 Ressourcen ist diese schnelle Kampagne vor allem auf dem ländlichen Raum keine
37 einfache Aufgabe, aber wir packen das gemeinsam an! Gerade in Zeiten wie diesen
38 ist es umso wichtiger, dass wir als politische Linke sowohl auf der Straße als
39 auch in Parteigremien für unsere Werte eintreten, unsere Themen setzen und für
40 eine gerechte Zukunft für alle kämpfen!

41 Daher fordern wir als Grüne Jugend Bayern:

- 42 • eine humane Asylpolitik, die auf Integration setzt, statt weitere
43 Asylrechtsverschärfungen!
- 44 • soziale Gerechtigkeit und mehr gelebte Demokratie im Bildungssystem statt
45 Ansetzen des Rotstiftes bei Projekten für die jungen Generationen!
- 46 • Verteidigung und Stärkung unserer Demokratie gegen rechtsextreme Kräfte,
47 Desinformation und Bedrohungen von außen!
- 48 • die Abschaffung der Schuldenbremse um massiv in unsere Infrastruktur und
49 die grüne Transformation unserer Wirtschaft, sowie in die Zukunft
50 nachfolgender Generationen zu investieren!
- 51 • Klimaschutz, der nicht ohne Ausgleich für Unter- und Mittelschicht
52 durchgesetzt wird, sondern Superreiche durch Vermögenssteuer, eine Reform
53 der Erbschaftssteuer und progressiv besteuertes Klimageld zur Kasse bittet
54 und unsere Lebensgrundlage vor der Klimakatastrophe schützt!

55 Für eine gerechte Zukunft!

Begründung

Begründung der Dringlichkeit: Der Antragsschluss für eigenständige war am 7. November um 23:59 Uhr. Mit dem Ampel-Aus am Abend des 6. November war daher nicht genügend Zeit für mehrere Antragssteller*innen einen vollständigen Antrag zu verfassen. Zudem wird in dem Antrag auf Entwicklungen im Anschluss an das Ampel-Aus Bezug genommen, die erst nach Antragsschluss bekannt geworden sind.

Begründung des Antrags: Das Ampel-Aus bedeutet für die Grüne Jugend eine baldige Kampagne zur Bundestagswahl, die auf dem Länderrat Mitte Dezember beschlossen wird. Als Grüne Jugend Bayern stellen wir hiermit unsere erste Forderungen zur Kampagne auf.